

#### FIAN DEUTSCHLAND FÜR DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG

**AUSGABE 2/2020** 

### **Editorial**

#### Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Interessierte,

die Maßnahmen gegen die COVID-Pandemie lassen innerhalb kürzester Zeit die Armuts- und Hungerzahlen explodieren. Lokale Märkte sind geschlossen. Landwirte stehen ohne Einkommen da. Hunderte Millionen Kinder verlieren den Zugang zu Schulmahlzeiten. Besonders hart trifft es kleinbäuerliche Familien, die sich für Hybridsaatgut, Kunstdünger oder Pestizide verschuldet haben. Ihnen droht eine existentielle Krise, bis hin zum Verlust von Haus und Ackerland.

Doch nicht nur auf dem Land leben viele von der Hand in den Mund: 60 Prozent der erwerbstätigen Menschen arbeiten im informellen Sektor. Wer durch den Lockdown seinen Job verliert, hat meist von heute auf morgen kein Geld mehr für Nahrungsmittel. Nach UN-Angaben sind bis zu 250 Millionen Menschen von schweren Gesundheitsschäden oder sogar dem Hungertod bedroht. Die gute Nachricht ist: die Lebensmittelspeicher sind weltweit gut gefüllt. Eine globale Hungerkrise wäre prinzipiell abwendbar. Die Politik muss hierfür jedoch rasch und entschlossen handeln: Die ärmsten Länder benötigen dringend einen Schuldenerlass, um ihre Bevölkerung zu versorgen. Spekulation mit Nahrungsmitteln wie nach der Finanzkrise muss verhindert werden. Die kleinbäuerliche Nahrungsproduktion, die den Großteil der Weltbevölkerung ernährt, muss unterstützt werden.

Deutschland trägt mit seiner Wirtschaftskraft eine besondere Verantwortung. FIAN setzt sich bei der Bundesregierung für lokale Vermarktungsstrategien, den Schutz vor Landverlust in Zeiten finanzieller Not und eine krisenfeste Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels ein. Nationale Alleingänge hingegen können die Ernährungssituation noch verschärfen – besonders für arme und importabhängige Länder. Daher ist eine globale Koordinierung der Maßnahmen durch den Welternährungsrat (CFS) auf Basis des Rechts auf Nahrung erforderlich.

Philipp Mimkes, Geschäftsführer FIAN Deutschland



## Corona-Pandemie: Neue Welthungerkrise verhindern!

Aktuelles: Kaweri-Fall • DEG in Kenia • Initiative Lieferkettengesetz • Neues vom Team	2-3
Thema: Auswirkungen der Corona-Krise in Ländern des Südens	4-9
Jahresthema Recht auf Wasser: Frauen in Südostasien	10-11
Fallarbeit: Mikrofinanzinstitute und Verschuldung in Kambodscha	12-13
Internationales: Zusammenfassung SUN-Studie • Abschlussbericht von Hilal Elver	14-16
FIAN weltweit: Die Schweiz vor dem UN-Sozialausschuss	17
Buchbesprechung: Werner Rügemer, Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts	18
Kontaktdaten   Termine   Impressum	19-20



## Kaweri-Fall: Gerichtstermin erneut ausgefallen

Am 1. Juni sollte die Verhandlung beim Hohen Gericht in Kampala stattfinden. Zuvor war der Termin im März ausgefallen, weil der Richter zu einem anderen Fall abgeordnet worden war. Diesmal verhinderten die Maßnahmen gegen den Corona-Virus die Fortsetzung des Verfahrens der Vertriebenen gegen den ugandischen Staat und die ugandische Tochterfirma der Neumann Kaffee Gruppe. In Uganda ist das öffentliche Leben stillgelegt.

Damit verzögert sich der Ausgang des Mediationsverfahrens erneut. Dieses hatte der Richter im Juli 2019 angeordnet. Bisher hat nur die ugandische Regierung ein Entschädigungsangebot in Höhe des 2001 berechneten Sachschadens gemacht, zuzüglich eines Anteils an den Verfahrenskosten. Eine Entschädigung für das geraubte Land hat sie nicht vorgesehen. Dieses Angebot lehnte eine Gruppe der Vertriebenen als zu niedrig ab, während die übrigen es annehmen möchten. Obwohl die Regierung die Entschädigung bis Ende Juni zugesagt hat, haben die Vertriebenen noch keine Informationen erhalten, wann die Auszahlung erfolgen soll.

#### **COVID-Maßnahmen bei FIAN**

Auch an der FIAN-Arbeit ging Corona nicht spurlos vorüber: Die Mitarbeiter\*innen blieben zum Teil im Home Office, unser EDV-Support richtete hierfür einen externen Zugang auf dem Server ein. Besprechungen wurden zum Teil virtuell durchgeführt. Dank mehrerer Einzelbüros war die Geschäftsstelle trotzdem durchgehend besetzt, hierbei galten Sicherheits- und Abstandsregeln. Leider musste auch die lange vorbereitete Mitgliederversammlung in Fulda entfallen.

Erfolgreich verlief dafür das Online-Seminar mit drei der geplanten Vorträge: Zwischenzeitlich nahmen 75 Personen teil, so dass der Austausch zwischen Mitgliedschaft, Vorstand und Team wenigstens teilweise stattfinden konnte. Schon jetzt bitte den Termin der nächsten regulären MV notieren: 16. bis 18. April 2021 in Göttingen.

Auch mussten mehrere Reisen und Seminare entfallen, Vorträge wurden online angeboten. Unsere Geldgeber stimmten einer Verlegung der Veranstaltungen in den virtuellen Raum zu: Diese waren ausnahmslos gut besucht - wiederholt hatten wir bei Webinaren mehr als einhundert Teilnehmer\*innen. Dennoch bereitet uns die weitere Entwicklung Sorge: Wichtige Recherchen können vorerst nicht stattfinden. Zudem hängt FIAN zu 60 Prozent von Spenden und zu 40 Prozent von Projektgeldern ab. Beide Einnahmequellen drohen in einer Wirtschaftskrise zurückzugehen.



Zugleich beschäftigen uns die Auswirkungen der COVID-Maßnahmen. Wir stehen in engem Austausch mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und dem Forum Menschenrechte, die u.a. die Situation von Geflüchteten, Wohnungslosen, Menschen mit Behinderungen und Familien im Blick haben. Aus menschenrechtlichen Erwägungen setzen wir uns für eine Stärkung der Gesundheitssysteme, gezielte Hilfen für sozial Schwache sowie für verhältnismäßige und befristete Maßnahmen gegen die Pandemie ein.

## Rechtskommentar zu Wissenschaft und Menschenrechten

Die UN-Fachausschüsse veröffentlichen zur Auslegung der Menschenrechtsverträge sogenannte General Comments (GC). Der UN-Sozialausschuss behandelt in seinem jüngsten GC 25 die Auslegung von Artikel 15 des UN-Sozialpakts. Hierbei befasst er sich auch mit dem Recht auf Nahrung, weswegen der Rechtskommentar für FIAN wichtig ist.

Artikel 15 enthält das "Recht auf Teilhabe an Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts". Dies schließt den Zugang zu Technologien ein, die beispielsweise zur Förderung der Landwirtschaft genutzt werden können. Verdeutlicht wird dies in § 6 des General Comments: Die Wissenschaft und ihre Errungenschaften sollen direkt zum Allgemeinwohl beitragen, wozu auch die Ernährungssicherheit und der Schutz der Biodiversität gehören. Zu den staatlichen Kernpflichten gehöre die Priorisierung der Forschung mit Einfluss auf die Erfüllung der im Pakt anerkannten Rechte. Hierbei sollten Verfahren präferiert werden, die auch von einkommensschwachen Akteuren genutzt werden können. Investitionen in die agrarwirtschaftliche Entwicklung

sollten eine gesunde Ernährungsweise und ausreichende Nährstoffversorgung gewährleisten. Der Fokus müsse dabei auf der Ernährung von Kleinkindern und Schwangeren liegen.

#### Unterschriften-Aktion unterstützen

Eine aktuelle FIAN-Studie belegt, dass die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL) am weltweiten Aufkauf von Ackerland beteiligt ist. Sie hat 100 Millionen US-Dollar in einen Land-Fonds investiert, der allein in Brasilien 133.000 Hektar für den Sojaanbau aufgekauft hat. Dies führt zu Waldrodung und Konflikten mit lokalen Gemeinden um Land und Wasser. Diesem Heft liegt eine Unterschriftenliste bei. Bitte unterstützen Sie uns dabei, Landgrabbing im brasilianischen Cerrado zu stoppen!

#### Liebe FIANistas,

mein Name ist Martin Speer und ich habe Anfang Juni meinen Bundesfreiwilligendienst begonnen. In der Geschäftsstelle werde ich für 14 Monate den Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Ich übernehme die Arbeit von Kristina Jularic, die uns weiterhin als Ehrenamtliche erhalten bleiben wird. Ich habe in Jena meinen Master in Soziologie abgeschlossen und freue mich, das Berufsleben bei einer internationalen Menschenrechtsorganisation zu beginnen. Im Studium habe ich mich hauptsächlich mit Themen der Nachhaltigkeit, gesellschaftlichem Wandel und sozialen Bewegungen beschäftigt. Daher interessiere ich mich besonders für die Verknüpfung von Umwelt- und Klimaauswirkungen mit Menschenrechten und sozialen Situationen von Menschen. Ich hoffe, ich kann mich dazu in diesem Jahr einbringen und freue mich auf die Mitarbeit!



## Kenia: DEG beteiligt sich an größter Supermarktkette

Im Februar 2020 beteiligte sich die deutsche Entwicklungsbank DEG mit 10 Millionen Euro an Naivas International Limited, der mit 62 Filialen größten Supermarktkette in Kenia. Über zwei weitere DEG-finanzierte Akteure, den Investmentfonds Amethis (mit 15 Millionen Euro DEG-finanziert) sowie die Mauritius Commercial Bank (mit 50 Millionen US-Dollar) fließen weitere Millionen an die Supermarktkette.

Die Expansion großer Supermarktketten stellt nachweislich eine Existenzbedrohung für städtische Bauernmärkte und lokale Händer\*innen dar. Deren Zulieferer sind zudem Kleinbauern und -bäuerinnen. Für diese stellen Produkt-, Liefer- und Anbauvorschriften der Supermärkte oft eine unüberwindbare Hürde dar. So verlieren sie alternativlos wichtige Absatzmärkte in den Städten. Im Menschenrechts-Leitfaden des Entwicklungsministeriums BMZ wird auf solche menschenrechtlich hochproblematischen Verdrängungsprozesse verwiesen. Nun antwortete das BMZ im Bundestag, es sollten bei Naivas 5.500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wie hoch der Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen von Kleinhändler\*innen und Kleinbäuer\*innen ist, wird nicht gesagt. Dies sollte jedoch laut Leitfaden dringend geprüft werden.

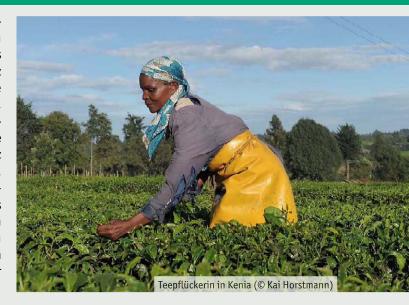
## Jahresthema: Beitrag des UN-Sonderbeauftragten

Prof. Léo Heller, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung, hat für das FIAN-Jahresthema einen Beitrag zur Regulierung der Wasserversorgung aus menschenrechtlicher Perspektive verfasst. Hierin erläutert er die wichtigsten staatlichen Pflichten, die sich aus dem Menschenrecht auf Wasser ergeben. Das zweiseitige Flugblatt liegt diesem FoodFirst bei.

Weitere Exemplare kostenlos bestellen unter: info@fian.de

## Lieferkettengesetz geschlechtergerecht gestalten

FIAN unterstützt die zivilgesellschaftliche Initiative für ein Lieferkettengesetz (http://www.lieferkettengesetz.de). Unternehmen sollen in die Pflicht genommen werden, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Zulieferer Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz beachten. Auf Initiative des Global Policy Forums hat sich eine Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammengetan, um zu gewährleisten, dass Gender-Aspekte in ein zünftiges Lieferkettengesetz aufgenommen werden. Denn Themen wie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder Regelungen von Mutterschutz und Stillzeiten werden sonst erfahrungsgemäß leicht vergessen. FIAN beteiligt sich daran. Die Gruppe hat ein Positionspapier erarbeitet, das sich ausdrücklich auf das Völkerrecht und Deutschlands menschenrechtliche Verpflichtungen bezieht. Dieses wird nun zum einen in der Initiative Lieferkettengesetz diskutiert. Zum anderen soll es dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Ministerium für Entwicklung präsentiert werden, die bereits einen Entwurf für ein Lieferkettengesetz angekündigt haben.





## Die Corona-Pandemie: Multiple Dimensionen einer sozialen Krise

von Stefan Peters

Die Welt befindet sich im Krisenmodus. Während die Zahl der Infektionen in Europa zurückgeht, trifft das Virus nun weite Teile des Globalen Südens und versetzt dort die meist prekären Gesundheitssysteme unter einen Stresstest. Dabei gerät oft aus dem Blick, dass die Auswirkungen über den Gesundheitssektor hinausgehen. Die Pandemie verschärft bekannte soziale Problemlagen und ist – gerade im Globalen Süden – zuvorderst eine soziale Krise.

# Wer von Corona spricht, sollte von Ungleichheiten nicht schweigen

Das Coronavirus hält die Welt in Atem und verändert unser Leben. Die Pandemie trifft die Länder des Globalen Südens und dort vor allem die verarmte Bevölkerung. Die Zahlen der Johns-Hopkins-Universität scheinen diese Aussage zunächst zu widerlegen: Tatsächlich sind die Infektionszahlen und die offiziellen Corona-Toten in Südasien, dem Nahen Osten, Afrika und weiten Teilen Lateinamerikas vergleichsweise gering. Doch die Statistiken trügen: *Erstens* muss in den meisten Ländern des Südens von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Fehlende Testkapazitäten haben zwangsläufig geringere Infektionszahlen zur Folge und auch bei den Zahlen der Corona-Toten muss von einer deutlichen Unterschätzung der Realität ausgegangen werden.

Zweitens befinden sich die Regionen des Globalen Südens oft noch am Beginn der ersten Welle und werden erst jetzt zu Hotspots. In vielen Ländern wurden vergleichsweise früh massive Lockdown-Maßnahmen umgesetzt. Dies trug zur Eindämmung des Virus bei und rettete Leben, hatte aber schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen. Aktuell werden die Maßnahmen fast überall gelockert, so dass ein schneller Anstieg der Infektionszahlen befürchtet werden muss. Drittens suggerieren die Zahlen, dass sich die Pandemie auf ein medizinisches Problem reduzieren ließe. Dies ist jedoch nicht der Fall: Es handelt sich – gerade im Globalen Süden – auch und insbesondere um eine soziale Krise. In weiten Teilen der Welt steht die benachteiligte Bevölkerung aktuell vor der Wahl zwischen Pest und Cholera: Hunger oder Coronavirus.

Die Ursprünge dieser Krise sind struktureller Natur. Diese werden durch die Pandemie weiter verschärft. Zu ihrem Verständnis reicht es jedoch nicht, den Blick auf die Armut zu fokussieren und damit den Mangel zu beklagen. Im Gegenteil: Es ist genug

für alle da. Es gibt jedoch ein veritables Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem.

#### Corona erhöht den Hunger

Die Weltwirtschaft wird 2020 in eine tiefe Rezession fallen. Wir müssen uns auf einen zweistelligen Rückgang einstellen. Die Hauptlast wird dabei auf den Ländern des Globalen Südens liegen. Der Einbruch der Rohstoffpreise und des Tourismus sowie der Rückgang der Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant\*innen hat bereits die Staats- und Deviseneinnahmen vieler Staaten in den freien Fall versetzt. Eine schnelle Erholung ist nicht in Sicht. Die Wirtschaftskrise schlägt im Globalen Süden zudem direkt in eine soziale Krise um. Konjunkturpakete bleiben meist kraftlos und gerade die arme Bevölkerung ist von wohlfahrtsstaatlicher Absicherung weitgehend ausgeschlossen. Hier geht es nicht um den Mallorca-Urlaub, hier steht die Deckung zentraler Grundbedürfnisse auf dem Spiel. Die Vereinten Nationen warnen bereits vor einer deutlichen Zunahme des Hungers.

Die Gründe für diese dunklen Zukunftsaussichten sind vielfältig und nur zum Teil auf die Corona-Krise zurückzuführen: Erstens sind viele Länder des Globalen Südens auf Nahrungsimporte angewiesen. Im Zuge der Weltmarktöffnung sowie als Folge der massiven Subventionierung der Landwirtschaft in der EU und in den USA hat die heimische Landwirtschaft an Konkurrenzfähigkeit verloren. Als Konsequenz haben viele Länder ihre Kapazitäten zur Eigenversorgung verloren. In vielen Fällen wurde die Landwirtschaft zudem auf den Anbau von cash crops für den Export umgestellt. Die Spielregeln des Welthandels brachten viele Länder des Südens bereits vor der Pandemie auf die Verliererstraße. Heute erweist sich die Hoffnung auf komparative Kostenvorteile als gefährlicher Bumerang mit weitreichenden Folgen. Der Welthandel läuft auf Sparflamme. Zudem stocken



finanzkräftige Staaten ihre Nahrungsmittelreserven auf, während im Zuge der Wirtschaftskrise die meisten Währungen gegenüber dem Euro und dem Dollar massiv an Wert verloren haben. Kurz: Die Lebensmittel könnten teilweise knapp werden, doch vor allem steigen in den Ländern des Südens die Preise. Zweitens leidet die lokale Landwirtschaft unter den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Teilweise fehlt es an Arbeitskräften für die Ernte, auch die Transportinfrastruktur leidet. Bisweilen verfaulen Lebensmittel auf den Feldern oder in den Lagern. Berichte über Engpässe bei der Versorgung mit Düngemitteln und Saatqut lassen befürchten, dass die Versorgungskrise das Ende der Pandemie überdauern wird.



Die Versorgungskrise wirkt wiederum sozial nicht neutral, sondern trifft in erster Linie Krisenregionen, abgelegene und importabhängige Staaten wie zum Beispiel Inselstaaten, die meisten Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens, viele Staaten in Afrika, aber auch Venezuela oder Haiti. Zudem findet sich der Hunger paradoxerweise oft vor allem in ländlichen Gebieten. Aktuell entzieht der Lockdown darüber hinaus der städtischen Armutsbevölkerung in der informellen Ökonomie ihre Lebensgrundlage: Geschlossene Büros und Geschäfte nehmen ihnen die Kunden für den Kaffee, Zigaretten, kleine Snacks, das Putzen der Schuhe oder Botengänge. Nennenswerte Rücklagen haben diese Bevölkerungsgruppen in der Regel nicht, und auf verlässliche staatliche Hilfe warten sie vielerorts vergebens. Mehr noch: Die Schließung von Schulen zieht nicht nur ein Betreuungsproblem nach sich. Gerade in der armen Bevölkerung ist die kostenlose Schulspeisung der Kinder oft ein fundamentaler Beitrag zur Sicherstellung der Ernährung.



Im Ergebnis treffen steigende Lebensmittelpreise auf sinkende Tageseinnahmen und erhöhten Bedarf - eine explosive Mischung. Hungerrevolten können nicht ausgeschlossen werden.

#### Nothilfen und strukturelle Reformen

Die Corona-Auswirkungen drohen in eine humanitäre Katastrophe zu münden. Zwar haben viele Länder erprobte Krisenmechanismen, allerdings sind die Folgen der Pandemie nicht vergleichbar mit den vorherigen Krisen. Bei Corona handelt es sich um eine weltweite Krise, die nun mit schnellen Nothilfen abgefedert werden muss. Mittel- und langfristig muss die Pandemie jedoch strukturelle Reformen anstoßen. Denn: Die nächste Krise kommt bestimmt.

Schnelle Nothilfen bieten niedrigschwellige Sozialtransfers für die arme Bevölkerung. Solche finanziellen Nothilfen sind wirkungsvolle Instrumente, die zugleich die Grundversorgung sowie die Einhaltung der Quarantänemaßnahmen sicherstellen und damit zur Eindämmung des Coronavirus und der sozialen Krise beitragen können. Finanziert werden kann dies über Vermögensabgaben der nationalen Eliten.

Zudem braucht es internationale Unterstützung. Ein internationaler Notfonds unter Einbindung von IWF und Weltbank wäre ein Fanal für eine Neugestaltung der internationalen Politik. Mehr noch: Sollte die internationale Gemeinschaft die Bekenntnisse zu den UN-Nachhaltigkeitszielen ernst meinen, müssen jetzt mutige Entscheidungen getroffen und breit ausfinanziert werden. Andernfalls sind die Ziele für 2030 bereits Ende 2020 Makulatur. Doch es geht nicht um Statistiken: Im Zentrum stehen Menschenleben. Deshalb muss jetzt rasch und entschlossen gehandelt werden. Denn die direkten (gesundheitlichen) und indirekten (wirtschaftlichen, sozialen und politischen) Folgen des Corona-Virus haben eines gemeinsam: Abwarten führt zu einer Verschärfung der Situation, die bald unkontrollierbar werden könnte.

#### Corona als Wendepunkt? Mehr Gerechtigkeit wagen!

Mittel- und langfristig müssen wir die Krise nutzen, um strukturelle Reformen anzugehen. In der Pandemie erkennen wir, dass ein universalistischer Wohlfahrtsstaat heute moderner denn je ist. Doch soziale Errungenschaften gibt es nicht zum Nulltarif. Es gilt, die wirtschaftlichen Eliten sowie multinationale Konzerne in die steuerliche Pflicht zu nehmen. Kurz: Es braucht Maßnahmen zur Umverteilung. Hierfür benötigen wir internationale Koordination und Unterstützung. Gerade mit Blick auf die Lebensmittelversorgung ist dies jedoch nicht ausreichend. Die COVID-Pandemie verdeutlicht auf brutale Weise die Notwendigkeit weitreichender Richtungsverschiebungen in der globalen Politik. Dies betrifft auch den Welthandel und die internationale Arbeitsteilung. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, sich in das nationale Schneckenhaus zurückzuziehen oder den Welthandel zu verteufeln. Vielmehr gilt es erstens einen neuen Mix zwischen globaler Vernetzung und lokaler Produktion zu finden, zweitens die Ungerechtigkeiten des Welthandels zu korrigieren und drittens Wege in eine sozial-ökologisch verträgliche Landwirtschaft einschließlich der Förderung kleinbäuerlicher Strukturen zu finden.

Prof. Dr. Stefan Peters ist Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Direktor des Instituto Colombo-Alemán para la Paz (CAPAZ) in Bogotá.



### Staat ohne Maske: Indien in Zeiten des Virus

von Hanns Wienold

Der von Regierungschef Narendra Modi am 23. März verkündete rigide Shutdown führte zu einem Exodus von Milionen temporärer, migrantischer Arbeitskräfte aus den Städten. Über Nacht verloren sie ihre Existenzgrundlage als Tagelöhner, Vertragsarbeiter oder "Solo-Selbständige", etwa im Straßengewerbe. Oftmals konnten sie sich nur noch für kurze Zeit ernähren. In vielen Fällen blieben Arbeitgeber die Löhne schuldig.

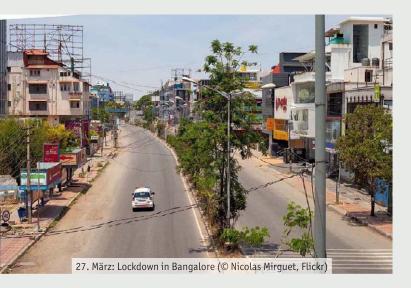
Wie auch in anderen Epidemien waren es die Angehörigen der qualifizierten und mobilen Mittelschicht, die das Virus nach Indien brachten und Taxifahrer, kleine Ladenbesitzer, Bedienstete in den Restaurants, Fahrer und Hausangestellte infizierten. Erst danach griff die neue Pest über auf die Slumbewohner\*innen, die Arbeiter\*innen auf ihren Baustellen und die Wanderarbeiter\*innen, die auf Gehwegen oder in Slums übernachten. Diese besitzen kaum die Mittel wie fließendes Wasser, sanitäre Einrichtungen und geräumige Unterkünfte, um sich der Seuchengefahr zu erwehren.

Da die öffentlichen Transportmittel weitgehend ausfielen, machten sich die auf die Straße gesetzten Arbeiter\*innen mit spärlicher Habe und zum Teil begleitet von ihren Familien zu Hunderttausenden zu Fuß auf den Rückweg in jene Orte, die sie vor Wochen, Monaten oder auch Jahren verlassen hatten. Nur die Kanal- und Latrinenreiniger wurden verpflichtet, trotz mangelhafter Ausrüstung ihre demütigende Arbeit fortzuführen.

#### Die Rückkehr

Viele strandeten auf diesem Weg, wurden von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken in Auffanglager zusammengetrieben oder landeten in Notunterkünften privater Hilfsorganisationen. Nur wenige Bundesstaaten schickten Züge, um Migrant\*innen in ihre Heimat zu bringen. Erst am 29. April wurde der Busverkehr zwischen den Bundesstaaten erlaubt. Das Stranded Workers Action Network berichtete bereits Anfang April von 189 Todesfällen im Zusammenhang der zwangsweisen Internierungen, darunter Suizide, Opfer von Polizeigewalt, Erschöpfung oder Nahrungsmangel.

Auch in ihren Dörfern finden die überwiegend aus den niedrigsten Kasten stammenden Migrant\*innen Misstrauen vor: Ortseingänge werden von höheren Kasten verbarrikadiert. Rückkehrer werden bei der Polizei denunziert. In der Abwehr der vermeintlichen Gefahr von außen kommt es auch zu Übergriffen mit Todesfolgen. Angesichts der mangelnden



Vorbereitung des Zentralstaates springen fast überall karitative Organisationen und religiöse Gemeinden mit offenen Küchen, Unterkünften und Nottelefonen ein. Gut 9.500 Camps werden von NGOs organisiert, gegenüber rund 7.800 der Regierung. Angst, Mitleid und Fürsorge – aber auch die Verstärkung der Kastendistanzen – halten sich die Waage.



#### Ein Kontinent der Armut

Im Zensus von 2011, dessen Ergebnisse in Bezug auf Migrant\*innen erst 2019 veröffentlicht wurden, wurden indienweit 455 Millionen Personen erfasst, die seit mehr als sechs Monaten nicht an ihrem "gewöhnlichen Wohnort" lebten – gegenüber 2001 ein Anstieg von 141 Millionen. Diese Zahl dürfte mittlerweile um weitere 100 Millionen gestiegen sein. Gut die Hälfte davon hat keine dauerhafte Niederlassung am Zielort im Sinn und kann daher als temporäre Wanderarbeiter\*innen gelten, die zwischen Land und Stadt zirkulieren und eine Art Brücke zwischen der städtischen und ländlichen Armut schlagen. Ihr Ziel ist in der Mehrheit eine Arbeit im informellen Sektor der mittleren und großen Städte.

Laut Zensus suchten 84 Prozent der Männer eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft, bei den Frauen waren es 65 Prozent. Zusammen bilden sie den Hauptteil der städtischen Unterschichten, die ohne Arbeitsverträge, Sozial- und Krankenversicherungsansprüche und häufig auch ohne feste Bleibe die informelle Wirtschaft betreiben. Rechnet man die Tagelöhner und temporären Arbeitskräfte aus dem formellen



Sektor hinzu, so waren 2011 etwa 87 Prozent der Erwerbstätigen in den indischen Städten sozial und arbeitsrechtlich weitgehend ungesichert. Zusätzlich sind die umfangreichen saisonalen Arbeitskräftewanderungen (zwischen ein und sechs Monaten) zu berücksichtigen, die ebenso wie die Pendler\*innen zwischen Dörfern und Städten vom Shutdown "aufs Trockene" gesetzt wurden.

Im März machten sich gut 120 bis 140 Millionen Menschen auf den Weg in ihre Herkunftsregionen. Viele verbleiben aber auch in den Städten, überdauern in Slumbehausungen, Bau- und Arbeitsstellen oder unter Brücken und sind weitgehend auf die Mildtätigkeit von öffentlichen Küchen angewiesen.

"Corona se pehle bhookh maar negi." (Hunger killt uns vor dem Coronavirus.)

Bhole, ein Arbeitsmigrant

#### **Wachstum ohne Arbeit**

Die offenkundige Schwäche der indischen Wirtschaft besteht trotz der imponierenden Wachstumsraten im jobless growth: der jährliche Zuwachs an Arbeitsplätzen im formellen Sektor von allenfalls zwei oder drei Millionen kann den jährlichen Zustrom von etwa 15 Millionen junger, zum Teil in Privatschulen gut vorbereiteter Arbeitssuchender nicht aufnehmen.

Gleichzeitig zwingt die seit Jahrzehnten anhaltende Agrarkrise durch die fortschreitende Fragmentierung der bäuerlichen Betriebe und den Anstieg landloser Arbeitskräfte in fast jedem Haushalt Angehörige dazu, auf der Suche nach Arbeit fortzugehen. 50 Prozent der Betriebe bewirtschaften weniger als 1 Prozent des kultivierbaren Landes. Kleinbäuerliche Haushalte besitzen durchschnittlich weniger als einen Hektar Land und erwirtschaften damit kaum ein Drittel des notwendigen Bedarfs. Gerade auf dem Land ist der Hunger endemisch. Seit Ende der 1990er Jahre haben Hunderttausende von Farmern (und auch Farmerinnen) ihren Betrieb aufgegeben. Nach offiziellen Zählungen hatten bis 2016 mehr als 300.000 bäuerliche Produzent\*innen den Suizid gewählt.

"Kleinbäuerliche Haushalte besitzen durchschnittlich weniger als einen Hektar Land. 50 Prozent der Betriebe bewirtschaften weniger als 1 Prozent des kultivierbaren Landes."

Auch wenn die offiziellen Armutszahlen weniger als 30 Prozent der 1,3 Milliarden Inder\*innen als "arm" bezeichnen, sind Hunger und Unterernährung allgegenwärtig, gerade bei Kindern und Frauen. Seit der Verabschiedung des National Food Security Acts von 2013 werden 75 Prozent der ländlichen und 50 Prozent der städtischen Haushalte mit subventionierten Nahrungsmitteln (Weizen, Reis und Hülsenfrüchte) versorgt. Zugeteilt werden die Rationen über rund 500.000 ration shops. Die Hilfen können den Hunger jedoch nur teilweise stillen. Zudem ist das System von irregulären Abflüssen, Korruption und Misswirtschaft geplagt. Viele der bedürftigen Haushalte haben keinen Zugang zu den zunehmend digital verwalteten Berechtigungskarten. In der aktuellen Corona-Krise zeigt

das Public Distribution System (PDS) seine systemischen Schwachstellen, da die Arbeitsmigrant\*innen fern von ihren anspruchsberechtigten Haushalten über keine Nachweise und damit keinen Zugang zum System verfügen. Nach jahrelangen Verzögerungen verspricht die Regierung nun eine Umstellung auf individuelle und ortsungebundene ration cards.

Derweil quellen die pharaonischen Getreidelager der Zentralregierung mit 77 Millionen Tonnen über. Die Zusagen der Regierung, die in das PDS Eingeschriebenen für zwei oder drei Monate mit kostenlosen Zuteilungen von gerade einmal 3,5 Millionen Tonnen zu versorgen, dienen jedoch kaum dazu, das strukturellen Dilemma des indischen Ernährungssystems zu lösen. Da für die Zuteilungen an die Bundesstaaten weiterhin die Bevölkerungszahlen des Zensus von 2011 zugrunde liegen, bleiben weit über 100 Millionen Inder\*innen unberücksichtigt.



#### Was tun?

Mit der Rückkehr eines großen Teils der Wanderarbeiter\*innen versiegen über Nacht die Rücküberweisungen in die Heimatorte. Das von der Vorgängerregierung geschaffene weltweit größte Arbeitsbeschaffungsprogramm für ländliche Regionen, nach dem jeder Haushalt ein Recht auf 100 Arbeitstage zum Mindestlohn hat, war bei der jetzigen Regierung zunächst unbeliebt und ist unterfinanziert. Eines seiner Ziele war die Eindämmung der temporären Arbeitswanderungen. Es wurde jedoch nicht im vollen Umfang umgesetzt, nicht zuletzt wegen des Widerstands der Landeigentümer. Nun steht es vor einer ungeheuren, kaum zu bewältigenden Belastungsprobe. Die Überfüllung von ausgehungerten Dörfern mit unterbeschäftigten Arbeitskräften dürfte verheerenden Folgen für Arbeitslöhne und kollektive Verhandlungen nach sich ziehen. Die bisherige grausame Indifferenz des Staates und seiner Regierung gegenüber den Leiden der downtrodden verspricht wenig Gutes.

Prof. Dr. Hanns Wienold, Beiratsmitglied von FIAN Deutschland, hat langjährige Feldforschung in Lateinamerika und Südasien durchgeführt.

2019 veröffentlichte er das Buch "Indien Heute. Die Armut bleibt unbesiegt."





## Die Hunger-Seuche: zur Situation in Südafrika

von Johannes Dieterich

In Südafrika zeigen sich schon nach kurzer Zeit gravierende Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ernährung. Betroffen sind besonders Zugewanderte und Bewohner\*innen der vielen Townships. Kinder leiden unter den wegfallenden Schulmahlzeiten.

Als es endlich so weit ist, ist ihnen vor Hunger schon ganz weich in den Knien. Die 430 Kinder mussten erst einmal epidemiologisch korrekt in einer Reihe aufgestellt werden: Im Abstand von einem Meter aufs Pflaster gezogene Kreidestriche helfen dabei. Nach einer guten halben Stunde zieht sich die Schlange schließlich über den Hof hinweg durchs Tor hindurch, den schmalen Weg hinunter und die Straße entlang, weit mehr als 100 Meter. Wenigstens fällt das Tischgebet kurz aus: "Herr, segne unser Essen", bittet die beleibte Köchin. Dann rückt die mit Plastikboxen ausgerüstete Kinderkarawane im Ein-Meter-Abstand zu den Blechtöpfen vor, die mit Kichererbsensuppe gefüllt sind. Für die meisten der Zwei- bis 16-Jährigen ist dies die einzige Mahlzeit am Tag: "Und die Schlange wird jeden Tag länger", klagt Alice Modiri.



Im Organisieren von Kinderspeisungen ist die Mittvierzigerin ein Profi: Jahrelang sorgte sie in einer Schule hier im Johannesburger Township Alexandra für die obligatorische, staatlich gesponserte Schulmahlzeit. Doch seit Ende März sind die Schulen zu – Folge der drastischen südafrikanischen Ausgangssperre. In Alexandra sieht es seitdem an jedem Tag wie am Wochenende aus: Kinder spielen in den Straßen (was eigentlich unter Strafe verboten ist), Frauen sitzen in der Küche – allerdings vor leeren Töpfen. Die meisten der mehr als 200.000 Township-Bewohner halten sich sonst mit Gelegenheitsjobs über Wasser: Auch die hat der Lockdown vorerst vernichtet.

Zur selben Zeit im wenige Kilometer weiter nördlich gelegenen Slum Diepsloot. Vor einem eingezäunten Gelände stehen Hunderte von Erwachsenen aufgereiht. Zumindest der Kopf der kilometerlangen Schlange wartet schon seit heute Nacht um zwei. Als schließlich am frühen Nachmittag ein Fahrzeug mit 800 Plastikbeuteln mit Gemüse eintrifft, verwandelt sich die Schlange in einen hektischen Menschenball. Aus der Menge ruft ein Mann: "Wir werden verhungern, noch bevor uns das Virus erwischt!". Und eine junge Frau schreit hinterher: "Wenn das so weitergeht, wird unser Land zum Kampfgebiet!" Tatsächlich

wurden in Kapstadt bereits Lastwagen ausgeraubt, an anderen Orten Supermärkte geplündert. Kommentatoren warnen in den Zeitungen vor Hungeraufständen.

#### Rasche Hilfsmaßnahmen notwendig

Schon vor der Pandemie seien rund 300.000 Personen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen gewesen, sagt der Johannesburger Sozialforscher Marius Oosthuizen: Diese Zahl könnte sich rasch verzehnfachen. Aus Angst vor Aufständen starteten Angehörige des Mittelstands aller Couleur eine beispiellose Spendenkampagne: Allein die drei reichsten Familien des Landes zahlten jeweils eine Milliarde Rand (rund 50 Millionen Euro) in den "Solidaritäts-Fonds" ein. Da auch die Regierung mit einem milliardenschweren Hilfspaket nachzog, sind seitdem weniger die Mittel das Problem als der Weg, auf dem sie zu den Adressaten gelangen. Schon kursieren Gerüchte, wonach lokale ANC-Politiker die Care-Pakete ihren Wählern oder Günstlingen zukommen ließen. Sie bekämen "die ganze Macht des Gesetzes zu spüren", droht Staatspräsident Cyril Ramaphosa seinen korrupten Parteifreunden. Auch das wird das Dilemma aber nicht lösen: die Hilfe schnell und sicher den Richtigen zukommen zu lassen.

Als Helfershelfer bieten sich Leute wie Philemon Matome an. Der Christ saß einst fünfeinhalb Jahre lang wegen versuchten Mordes und Autodiebstahl im Gefängnis. Heute steht er einer Kirche vor und verteilt im Rahmen seiner "Blessed is the Hand that Gives" getauften Hilfsorganisation seit Kurzem Gemüsepakete. Nachdem Philemons Freunde und Familie versorgt worden sind, kommt auch eine vaterlose Familie mit zehn Kindern an die Reihe, die in einem kaum fünfzehn Quadratmeter großen Raum im Herzen Alexandras lebt. Nachts, wenn sie schlafen, ist sowohl das Bett wie der Boden belegt; tagsüber ist es völlig ausgeschlossen, die elfköpfige Familie in dem Raum zu halten. Die Kumalos leben vom Kindergeld (umgerechnet 24 Euro pro Kind und Monat) sowie von Gelegenheitsjobs der ältesten Schwestern: Bis vor Kurzem wuschen sie die Kleider der Nachbarn oder putzten deren Häuschen. Auch das ist inzwischen



ausgeschlossen. Was bleibt, ist das rudimentäre Sozialsystem, das Südafrika allen anderen Ländern südlich der Sahara voraushat: Jede über 60-jährige Person bezieht eine staatliche Pension, jeder Behinderte (auch HIV-Infizierte) eine Behindertenrente, jedes Kind unter 18 Jahren Kindergeld. Angesichts der Corona-Krise will die Regierung die Sozialleistungen in den kommenden sechs Monaten teilweise verdoppeln. Doch auch das wird die Kumalos nicht aus der Misere retten. Nur fünf der zehn Kinder beziehen Kindergeld: Für die andere Hälfte konnte Mutter Khamisa partout keine Geburtsurkunde auftreiben. Der Teufel steckt in Südafrika meist im Detail.

#### Zugewanderte verstärkt betroffen

Als nächstes fährt Philemon eine am Rand des Townships gelegene alte Fabrikhalle an. Sie ist provisorisch in 18 Räume unterteilt, in denen sich simbabwische und malawische Migranten mit ihren Familien niedergelassen haben. Der Lockdown hat sie härter als alle anderen getroffen: Sämtliche Brotverdiener verloren ihren Job, ohne finanziellen Ausgleich. "Keine Arbeit, kein Geld", habe sein Boss dekretiert, erzählt der 35-jährige Matthew, der bei einem weißen Südafrikaner als Gärtner gearbeitet hat. Als Ausländern steht den Bewohnern der Fabrikhalle auch keine staatliche Stütze zu: Wenn Philemon nicht mit Gemüsesäcken kommt, gehen sie leer aus. "Wir essen höchstens noch einmal am Tag", sagt Matthew.

Das staatliche Corona-Notprogramm in Höhe von umgerechnet 25 Milliarden Euro macht ein Zehntel des jährlichen Wirtschaftsvolumens aus – vergleichbar mit den Wiederbelebungshilfen europäischer Staaten. Das "historische" Paket soll sowohl etablierten Firmen wie von der Pleite bedrohten Kleinunternehmern und den rund eine Million neuen Arbeitslosen zukommen: Ausgaben, die den ohnehin hoch verschuldeten Staat noch über Jahrzehnte hinweg belasten werden. Wenn Südafrika so tatsächlich von den verheerenden Folgen der Pandemie verschont werde, sei das ein lohnender Einsatz, meint Philemon: "Aber wenn nicht?"

#### Frühzeitige Maßnahmen

Cyril Ramaphosa hat sich während der Corona-Krise zum populärsten Präsidenten des Landes nach Nelson Mandela aufgeschwungen. Auch international genießt der 67-Jährige großes Ansehen: Die Weltgesundheitsorganisation WHO preist Ramaphosa als Vorbild im Kampf gegen die Pandemie. Der Präsident verhängte bereits den Lockdown über Südafrika, als noch nicht einmal tausend Infizierte gemeldet waren. Seitdem steigt die Zahl der Neuansteckungen zumindest nicht mehr exponentiell an – allerdings wird der Höhepunkt der Pandemie jetzt frühestens im September erwartet.

Zur allgemeinen Erleichterung kündigte Ramaphosa Ende April eine erste Lockerung des Lockdowns an. Allerdings sollen wesentliche Beschränkungen wie das Flugverbot, die geschlossenen Grenzen (selbst zwischen den Provinzen des Landes) und an den Arbeitsplätzen beibehalten werden. Wie es weitergeht, hängt von der Zahl der Neuinfektionen ab. Die Provinzen können unterschiedliche Stufen des Lockdowns ausrufen. Sollte die Ansteckungsquote außer Kontrolle geraten, wird wieder landesweit die totale Ausgangssperre verhängt. "Dann gnade uns Gott!", sagt Philemon.

In Alexandras Hauptstraße, der London Road, haben Soldaten Straßensperren errichtet. Auch Philemon wird kontrolliert. Der Gemüseverteiler verfügt jedoch über eine Sondererlaubnis. Statt der bislang knapp 3.000 Soldaten will Ramaphosa in den kommenden Monaten sogar 70.000 Uniformierte zur Überwachung des abgemilderten Lockdowns in Bereitschaft halten. Schon jetzt kam es gelegentlich zu Übergriffen. Nicht weit von der London Road entfernt schlugen mehrere Soldaten den 40-jährigen Collins Khoza dermaßen zusammen, dass er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.





Philemon ist überzeugt davon, dass die Pandemie bald überwunden sein wird: "Wenn wir Gott vertrauen und den Anweisungen der staatlichen Autoritäten folgen." Alice Modiri, die inzwischen sämtliche 430 Kinder mit Suppe versorgt hat, ist aus einem anderen Grund zuversichtlich: "Wir Afrikaner sind wesentlich widerstandsfähiger als ihr Europäer."

Johannes Dieterich lebt in Johannesburg und ist Korrespondent mehrerer deutscher Zeitungen. Die Fotos stammen aus der Ausstellung "Our Land … Our Life … Our Future" (2005) der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung. Die Ausstellung ist bei der KASA weiterhin erhältlich.



## Das Menschenrecht auf Wasser: Benachteiligung von Frauen in Südostasien

von Gertrud Falk und Mathias Pfeifer

Über zwei Milliarden Menschen haben keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser, allein 160 Millionen in Ost- und Südostasien (2017). Frauen sind hiervon überproportional betroffen. Obwohl die Region in den letzten 20 Jahren große Fortschritte bei der Wasserversorgung gemacht hat, liegt die Sterberate aufgrund von unzureichender Wasserhygiene je 100.000 Haushalten immer noch zwischen 0,1 in Singapur und 13,9 in Laos. FIAN hat Anfang des Jahres – kurz vor Ausbruch der Coronakrise – betroffene Gemeinden besucht.

Von allen südostasiatischen Ländern verfügt nur Singapur über eine 100-prozentige Versorgung mit Trinkwasser. In den meisten Ländern sind die ländlichen Regionen schlechter angebunden als die städtischen. Insgesamt ist die Datenlage zur Wasserversorgung jedoch schlecht. Es existieren nur wenige länderspezifische Angaben, und noch weniger geschlechterbezogene.

Dabei ist Wasser ein international und explizit auch von den ASEAN-Staaten anerkanntes Menschenrecht. Der UN-Sozialausschuss sowie der UN-Frauenrechtsausschuss haben wiederholt auf den unzureichenden Zugang zu Wasser von Frauen im ländlichen Raum Südostasiens hingewiesen. So hat der UN-Sozialausschuss Vietnam aufgefordert, mehr Mittel für die Bereitstellung von Trinkwasser insbesondere in ländlichen Regionen bereitzustellen und darauf zu achten, dass die Kosten für die Bevölkerung erschwinglich sind. Gegenüber den Philippinen hat der UN-Frauenrechtsausschuss seine Besorgnis darüber ausgedrückt, dass Frauen in ländlichen Regionen als Folge von Diskriminierungen überdurchschnittlich von Wasserunsicherheit betroffen sind. Ähnlich kritisierte der Ausschuss Osttimor dafür, dass Frauen im ländlichen Raum zum Teil überhaupt keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

#### Frauen für Wasserversorgung zuständig

In Südostasien sind vor allem Frauen für die Haushaltsarbeit und die Wasserversorgung verantwortlich. Dies ist Teil der unentgeltlichen Fürsorgearbeit, die gemäß gesellschaftlicher Rollenzuschreibungen von ihnen erwartet wird. So verbringen Frauen in Kambodscha im Durchschnitt 12,5 Prozent ihrer Zeit mit unbezahlter Haushaltsarbeit, Männer nur 1,3 Prozent.

Öffentlicher Brunnen in in der Takeo Provinz (Kambodscha)

In Laos beträgt das Verhältnis 10,4 zu 2,5 Prozent. Die *Asia Foundation* berichtet, dass Frauen in den ärmsten Staaten der Region bis zu sechs Stunden täglich allein zum Wasserholen aufbringen müssen. Sie legen dabei Entfernungen von bis zu sechs Kilometern zurück.

Frauen nutzen Wasser am intensivsten, da dieses für fast alle Haushaltstätigkeiten benötigt wird. Dies gilt in besonderem Maße für indigene Frauen, die darüber hinaus eine spirituelle Beziehung zu Wasser haben. Frauen indigener Völker sind sogar für die Auswahl von Trinkwasser aus natürlichen Quellen oder Gewässern für ihre Familien zuständig. Sie lernen von Kindheit an, die Qualität von Wasser zu unterscheiden.

#### **Hoher Wasserstress**

Obwohl sich die Wasserversorgung in den letzten 20 Jahren verbessert hat, gibt es lokal gegenläufige Entwicklungen. Insgesamt hat sich der Wasserverbrauch in der Region erhöht, so dass inzwischen fast alle Länder Südostasiens unter Wasserstress leiden – das heißt, sie entnehmen mehr Wasser als sie den natürlichen Vorkommen wieder zuführen.

Bevölkerungsdruck, Klimaveränderungen und bewässerungsintensive Agrarwirtschaft erhöhen den Stress. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Versorgung der Haushalte und die kleinbäuerliche Landwirtschaft aus. Frauen sind davon in doppelter Hinsicht betroffen: 60 Prozent der Frauen in Südostasien arbeiten in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion. Aber nur zehn Prozent von ihnen gehört das Land, das sie bearbeiten. Sie profitieren daher nicht von Regierungsprogrammen, mit denen zum Beispiel die Einführung neuer dürreresistenter Sorten gefördert wird.

Darüber hinaus führen große Investitionsprojekte häufig dazu, dass Menschen den Zugang zu Wasser verlieren. Die Staaten verletzen somit ihre menschenrechtliche Pflicht, den Zugang zu Wasser zu respektieren und vor Eingriffen Dritter zu schützen. Frauen sind davon aufgrund ihrer gesellschaftlich zugeordneten Rolle in besonderer Weise beeinträchtigt.

#### Landkonflikte durch Bergbau und industrielle Landwirtschaft

Bergbau, vor allem der Tagebau, führt häufig zur Verschmutzung von Gewässern. Darüber hinaus werden immer wieder ländliche und indigene Gemeinden zu Umsiedlungen gezwungen, um Minen Platz zu machen. Dies gilt insbesondere für Indonesien und die Philippinen, wo der Bergbau einen bedeutenden Wirtschaftssektor darstellt. Beispiele hierfür sind Gold- und Kupferminen der kanadischen-australischen OceanaGold Corporation auf der philippinischen Insel Luzon. Das Unternehmen hat dort mehrere hundert Familien vertrieben<sup>1</sup>.

Auch ist Südostasien eine Zielregion für Agrarkonzerne, die internationale Märkte beliefern. Für die Anlage großflächiger Plantagen werden oft Konzessionen für Gebiete ausgestellt, auf denen ländliche Gemeinden leben oder wirtschaften. Diese werden von privaten oder staatlichen Sicherheitskräften vertrieben – häufig gewaltsam und ohne angemessene Entschädigung. Die Webseite *landmatrix.org* hat seit 2009 allein für die Region 575 Fälle von Landgrabbing dokumentiert, mit einer Gesamtfläche von über 15 Millionen Hektar. Mit der Landnahme wird immer wieder auch der Zugang zur Wasserversorgung gekappt.

#### Anlage von Staudämmen

Das südostasiatische Festland ist durchzogen vom Mekong und seinen Zuflüssen. Das Flusssystem wird in allen Staaten durch Staudämme unterbrochen. Die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank haben viele der Projekte gefördert, welche lokalen Gemeinden die Lebensgrundlage entzogen und sie weiter marginalisiert haben. Die Gewinne durch den Verkauf der Elektrizität landen meist nicht vor Ort. Ob die lokale Bevölkerung an das Stromnetz angeschlossen wird, ist meist ungewiss, denn der Strom wird vor allem für den Export produziert.

Bis 2040 sind über 100 weitere Dämme geplant.

Frauen tragen die Hauptlast von Vertreibungen und Umsiedlungen. Sie müssen höheren zeitlichen und körperlichen Aufwand in Kauf nehmen, um ihre Familien mit Wasser zu versorgen. Zudem müssen sie mehr Zeit aufwenden, wenn Kinder und andere Haushaltsangehörige durch verschmutztes Wasser krank werden. Darüber hinaus sind sie öfter häuslicher Gewalt ausgesetzt.

#### Fallbeispiel Kambodscha

FIAN hat Anfang des Jahres betroffene Gemeinden in Kambodscha besucht, zum Beispiel das kleine Dorf Pis in der Provinz Kampong Speu. Als im Februar 2010 plötzlich Bulldozer und bewaffnete Soldaten anrückten, wussten die dort ansässigen Bauern und Bäuerinnen nicht, wie ihnen geschah. Erst am Tag ihrer Vertreibung wurden sie darüber informiert, dass eine große Zuckerrohrplantage samt Zuckerfabrik auf ihren Ländereien (und denen von 14 anderen Dörfern) entstehen sollte. Die Produktion ist primär für den EU-Markt bestimmt. Auch zehn Jahre nach dem Verlust ihrer Reisfelder, Gärten und Gemeindewälder leben viele der Dorfbewohner\*innen in bitterer Armut in einem Umsiedlungsgebiet am Rande der Plantage. Neben Nahrungsmittelknappheit und fehlenden Einkommensquellen ist vor allem der Zugang zu Wasser ein großes Problem. Es sind keine natürlichen Quellen vorhanden. Der Boden ist steinig und karq. Zwar wurden einige Brunnen gebohrt, doch auch sie führen kaum Wasser. In ihrer Not legten sich einige Vertriebene Regenteiche an, aber zum Trinken ist das gesammelte Wasser nicht geeignet.

Die einzige größere Wasserquelle in der Umgebung des Dorfes "Neu-Pis" ist ein mitten in der Zuckerrohrplantage gelegenes Wasserreservoir. Aufgrund mangelnder Transportmöglichkeiten sind die meisten Dorfbewohner\*innen auf lokale Wasserhändler angewiesen, die das Wasser mit Lastwagen in das Dorf bringen. Je nach Familiengröße zahlen die Haushalte

bis zu 50 Euro im Monat für Nutz- und Trinkwasser – eine immense Summe in einem Land mit Pro-Kopf-Einkommen von monatlich rund 100 Euro. Und selbst das gelieferte Wasser ist oft verschmutzt. Vor allem in der Regenzeit fließen Düngemittel und Pestizide von der Plantage in das Reservoir. "Das Wasser stinkt dann sogar nach Chemikalien", berichten die Frauen im Dorf. Doch sie haben keine andere Wahl und müssen es trotz der Verschmutzung trinken. Die Menschen in Pis erkranken dadurch häufig an Durchfall und Hautausschlägen.

Die Frauen im Dorf leiden besonders unter dieser Situation, da sie für Wasser- und Nahrungsmittelversorgung sowie Pflege der Kranken zuständig sind. Viele Frauen mussten wiederholt auf Mikrokredite zurückgreifen, um Wasser, Nahrungsmittel und Medikamente bezahlen zu können. Ihnen droht nun zusätzlich die Schuldenfalle.

1 http://www.thethirdpole.net/en/2019/11/20/southeast-asia-and-theright-to-safe-water







## Kambodscha: Die Schattenseiten der boomenden Mikrofinanzindustrie von Mathias Pfeifer

Millionen von Kambodschaner\*innen sind bei Mikrofinanzinstituten verschuldet. Der milliardenschwere Sektor wird seit Jahren massiv von europäischen und deutschen Entwicklungsbanken unterstützt. Aufgrund hoher Zinsen und mangelnder Regulierung geraten immer mehr Kreditnehmer\*innen in die Schuldenfalle. Landverlust und Menschenrechtsverletzungen sind oftmals die Folge. Im Zuge der Corona-Krise droht die Mikrokredit-Schuldenblase endgültig zu platzen. FIAN recherchierte kurz vor dem Lockdown vor Ort.

Im vergangenen Jahrzehnt wuchs der Mikrofinanzsektor in Kambodscha mit rasanter Geschwindigkeit: Lag die Gesamtverschuldung durch Mikro- und Kleinkredite im Jahr 2009 noch bei 300 Millionen US-Dollar, so sind es heute bereits 10 Milliarden. Verlässliche Belege, dass Mikrokredite insgesamt zur Minderung von Armut beigetragen haben, gibt es nicht. Eindeutig nachweisbar ist hingegen, dass die boomende Mikrofinanzindustrie zu einer massiven Verschuldung weiter Teile der Bevölkerung geführt hat: Mehr als 2,5 Millionen Personen - 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung oder 40 bis 50 Prozent der Haushalte - wurden als Schuldner rekrutiert. Im Durchschnitt stehen die Kreditnehmer\*innen mit 3.800 US-Dollar bei den Kreditinstituten in der Kreide. Damit verzeichnet Kambodscha die höchste Pro-Kopf-Verschuldung durch Mikro- und Kleinkredite weltweit.



Über viele Jahre waren Jahreszinssätze von 20 bis 30 Prozent die Norm. Aufgrund öffentlichen Drucks kappte die kambodschanische Regierung 2017 den Jahreszinssatz auf 18 Prozent. Die Mikrofinanzinstitute (MFI) erhöhten daraufhin die Gebühren und sicherten sich dadurch ihre Gewinne. Ein Teil dieser Profite fließt an die diversen internationalen Investoren zurück: Kambodscha ist seit vielen Jahren eines der beliebtesten Mikrofinanz-Investitionsländer für private Investmentfirmen und staatliche Entwicklungsbanken. Die KfW Förderbank beispielsweise ist an der Finanzierung von rund 15 MFI in Kambodscha beteiligt, zumeist über große Mikrokreditfonds wie der Microfinance Initiative for Asia (MIFA) oder der Microfinance Enhancement Facility (MEF), an dem auch das Entwicklungsministerium BMZ beteiligt ist. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der KfW Förderbank, investierte seit 2018 mindestens 63 Millionen US-Dollar in kambodschanische Mikro- und Kleinkreditanbieter.

### Überschuldung, Landverlust und Menschenrechtsverletzungen

Laut einer umfassenden Studie aus dem Jahr 2017, die unter anderem von KfW und BMZ finanziert wurde, sind in Kambodscha zwischen 28 und 50 Prozent der Kreditnehmer\*innen überschuldet oder von Überschuldung bedroht. Die Studie belegt darüber hinaus, dass über die Hälfte der vergebenen Mikrokredite durch Landtitel besichert sind, was in dem Bericht als eine "ernsthafte Bedrohung" für arme Haushalte bezeichnet wird. Angesichts dieser Befunde ist es wenig überraschend, dass die Studie als "streng vertraulicher" interner Bericht abgelegt und der Öffentlichkeit vorenthalten wurde – bis zum Leak durch einen Insider im vergangenen Jahr.

Im August 2019 veröffentlichten die kambodschanischen Menschenrechtsorganisationen LICADHO und STT einen Bericht, in dem sie aufzeigen, welche Konsequenzen Überschuldung, unzureichende staatliche Kontrollen und die Praxis der Einbeziehung von Landtiteln als Sicherheit für die armen Kreditnehmer\*innen haben. Die beiden Partner-NROs von FIAN dokumentierten zahlreiche Fälle von außergerichtlich erzwungenen Landverkäufen, Kinderarbeit und Schuldknechtschaft in Folge der Verschuldung bei MFI. Die kambodschanischen Behörden reagierten in gewohnter Manier: die dokumentierten Menschenrechtsverletzungen wurden als "isolierte Einzelfälle" abgetan und die beiden NROs unter Druck gesetzt, den Bericht offiziell zurückzuziehen. Auch die internationalen Investoren der kambodschanischen Mikrofinanzindustrie, darunter die KfW Förderbank, wiesen jede Verantwortung von sich.

# Landraub und Überschuldung: FIAN Recherche

Im Februar 2020 besuchte FIAN Gemeinden in der Provinz Kampong Speu, die vor zehn Jahren Opfer von illegalem Landraub im Zuge der Schaffung einer großen Zuckerrohrplantage wurden. FIAN begleitet den Fall seit 2010 und wollte sich ein Bild über die Verschuldungssituation der Vertriebenen machen. Laut Schätzungen eines Gemeindevertreters sind heute 80 bis 90 Prozent der über 1.000 Familien, die damals ihr Land verloren haben, verschuldet. Die Darlehen belaufen sich in der Regel auf 1.500 bis 2.000 US Dollar. Zahlreiche Familien haben auch erheblich höhere Kredite aufgenommen.

FIAN sprach mit 16 Personen aus drei Dörfern, die bei marktführenden Mikro- und Kleinkreditanbietern verschuldet sind. Diese berichteten vom zum Teil aggressiven Vorgehen der Mikrofinanzangestellten bei der Eintreibung der Rückzahlungen. In einigen Fällen drohten sie damit, das Land, mit dem die Kredite besichert wurden, zu verkaufen. Viele Dorfbewohner\*innen greifen zudem regelmäßig auf "Übergangskredite" von informellen Kredithaien zurück, um die Rückzahlung der MFI-Kredite zu gewährleisten.

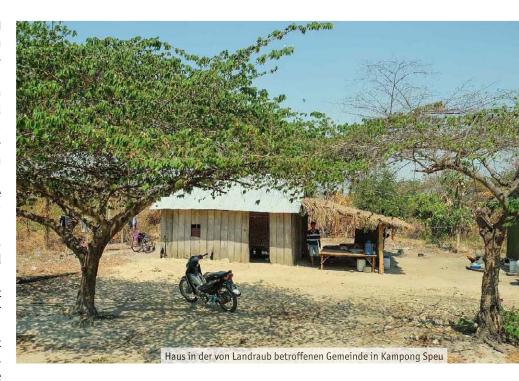
15 der 16 Verschuldeten, mit denen FIAN sprach, hinterlegten ihre Landtitel (von dem wenigen Land, das ihnen nach der Vertreibung geblieben war) als Sicherheit bei den Mikrokreditanbietern. Eine der befragten Frauen musste das letzte Stück Ackerland verkaufen, das ihrer Familie geblieben war, nachdem ihr Mann erkrankte und sie die Schulden bei einer MFI sowie bei informellen Geldverleihern nicht zurückzahlen konnte. Der Gemeindevertreter von zehn Dörfern, die Kompensation für die illegale Vertreibung durch die Zuckerrohrplantage einfordern, berichtete FIAN, dass im Schnitt zwei bis drei Familien pro Dorf ihr Land aufgrund von Überschuldung verkaufen mussten. Unter den übrigen Familien sei die Angst vor dem Verlust ihres letzten Reisfelds oder Wohngrundstücks sehr groß. Sie nehmen große Opfer auf sich, um dem Landverlust zu entgehen. Eine Frau erzählte FIAN, dass sie ihre 15-jährige Tochter aus der Schule

nehmen und zur Arbeit in eine Textilfabrik schicken musste, während ihr 16-jähriger Sohn auf einer Baustelle in der Hauptstadt schuftet. Mehrere Frauen berichteten, dass ihre z. T. minderjährigen Töchter nach Thailand oder Malaysia migrieren mussten, um Geld für die Tilgung der Kredite zu verdienen. Dort laufen sie Gefahr, Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel zu werden. Viele Befragte gaben zudem an, dass sie durch die übermäßige Zins- und Rückzahlungslast den Gürtel so eng schnallen müssen, dass sie oft kaum genug zu essen auf den Tisch bekommen.

#### **Dramatische Zuspitzung durch Corona-Krise**

Wichtige Wirtschaftssektoren des Landes, darunter der Textil-, Bau- und Tourismussektor, verzeichnen enorme Einbrüche





aufgrund der COVID-Pandemie. Durch die daraus resultierenden Entlassungen und Einkommenseinbußen geraten viele der ohnehin hochverschuldeten Mikrokreditnehmer\*innen in massive Zahlungsschwierigkeiten. Ein Großteil der Klienten von MFI stammt aus armen Bevölkerungsschichten, welche am härtesten von der Wirtschaftskrise betroffen sind. 75 Prozent sind Frauen, darunter viele Textilarbeiterinnen. Allein in der Bekleidungsindustrie sind mehrere hunderttausend Arbeiter\*innen vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht. Auch die Arbeitsmigrant\*innen in den Nachbarländern, deren Rücküberweisungen so wichtig für viele arme Haushalte in Kambodscha sind, leiden unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Allein aus Thailand mussten bereits über 80.000 Kambodschaner\*innen nach dem Verlust ihrer Arbeitsplätze in ihr Heimatland zurückkehren.

Viele der über zwei Millionen verschuldeten Kambodschaner\*innen sind gegenwärtig nicht in der Lage, die Mikrokredite samt Zinsen und Gebühren zurückzuzahlen. Viele könnten gezwungen werden, ihr Land zu verkaufen. Ende April warnten 135 zivilgesellschaftliche Gruppen aus Kambodscha – darunter Gewerkschaften, Bauernverbände und Menschenrechtsorganisationen – in einer gemeinsamen Erklärung vor der sich anbahnenden "Enteignungskrise". Die von den kambodschanischen Behörden und MFI bisher eingeleiteten Maßnahmen sind bei weitem nicht ausreichend. Die Zivilgesellschaft fordert daher eine temporäre Aussetzung aller Zins- und Tilgungszahlungen für Mikrokredite sowie die sofortige Rückgabe der eingezogenen Landtitel an deren Besitzer.

Auch die europäischen und deutschen Entwicklungsbanken stehen in der Verantwortung, jetzt zu handeln. FIAN fordert BMZ, KfW und DEG auf, die von ihnen finanzierten Mikrofinanzanbieter zu effektiven Schuldenerleichterungsmaßnahmen zu drängen und weitere Finanzmittel für einen Entschuldungsfonds bereitzustellen. Sonst drohen Hundertausende Kambodschaner\*innen in noch größere Armut und Hunger zu stürzen.



## Partnerschaft mit Risiken: Die Initiative "Scaling Up Nutrition"

von Larissa Tölke

Die angeblichen Potentiale einer Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft dominieren die Diskussion über die UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals). Solche Kooperationen werden oft unter dem Namen Multi-Stakeholder-Ansatz geführt. Die Privatwirtschaft entwickelt zusammen mit Regierungen, UN-Organisationen, großen Stiftungen und der Zivilgesellschaft Strategien und Projekte zu einzelnen Problemfeldern. Kritik bezüglich des Einflusses mächtiger, nicht demokratisch legitimierter Unternehmen oder der verschwimmenden Rolle des Staates als menschenrechtlichem Pflichtenträger werden meist als veraltet oder ideologisch zurückgewiesen.

Im Bereich der Ernährung ist die Initiative Scaling Up Nutrition (SUN) ein solches Beispiel, das auch von der deutschen Regierung finanziell unterstützt wird. Eine kürzlich erschienene Studie von FIAN, der Society for International Development sowie dem International Baby Food Action Network belegt die Risiken eine solchen Kooperation für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung.

Scaling Up Nutrition wurde 2010 auf Bestreben der Weltbank initiiert. Zu den Mitgliedern gehören Entwicklungsbanken, UN-Organisationen, 61 Staaten, Stiftungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Konzerne wie BASF oder Syngenta sowie Unternehmensverbände im Bereich Ernährung. Selbsterklärtes Zielist "eine Welt frei von Unterernährung in allihren Formen" bis 2030, in der "jedes Kind, jeder Jugendliche, jede Mutter und jede Familie ihr Recht auf Nahrung und Ernährung verwirklichen" können.

Auch auf Länderebene setzt SUN auf Multi-Stakeholder-Partnerschaften. Unterernährung soll hierbei in erster Linie durch angereicherte Nahrungsprodukte behandelt werden. Der Fokus liegt dabei auf den ersten 1.000 Tagen im Leben eines Kindes. Hierbei wird auf Konsensbildung zwischen allen Akteuren gesetzt – sowohl national als auch international. Die Initiative besteht auf internationaler Ebene aus einer Führungsgruppe, einer Koordinatorin, einem Exekutivausschuss und einem Sekretariat in Genf. Angesiedelt ist SUN beim

Generalsekretär der Vereinten Nationen. Dieser benennt sowohl die Mitglieder der Führungsgruppe als auch die Koordinatorin. Von den 27 Mitgliedern der Führungsgruppe sind vier Staaten; andere Mitglieder sind das Welternährungsprogramm, das International Food Policy Research Institute, Java Foods und der Geschäftsführer von Save the Children. Finanziert wird die Initiative teilweise durch Staaten. So übernimmt Deutschland die Kosten für das Sekretariat in Genf und die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Netzwerke auf nationaler und subnationaler Ebene. Neben Staaten ist vor allem die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung an der Finanzierung beteiligt und ist sowohl in der Führungsgruppe als auch im Exekutivausschuss vertreten.

#### Die Gründung von SUN

2004 weigerte sich der für Ernährung zuständige Ausschuss der Vereinten Nationen (Standing Committee on Nutrition, SCN), Nahrungskonzerne systematisch in seine Entscheidungsprozesse einzubinden. Daraufhin wurde dem Gremium die Finanzierung weitgehend gestrichen, viele erklärten es für arbeitsunfähig. Das Vakuum wurde genutzt, um SUN ins Leben zu rufen. Die meisten Geldgeber wechselten die Seite. Dem Privatsektor - einschließlich der Nahrungsmittel- und Agroindustrie – wurde nun die Möglichkeit geboten, als gleichberechtigte Akteure in Entscheidungsgremien zu Ernährungs-

fragen teilzunehmen.

Der heute SUN-typische Ansatz gegen Mangelernährung kam zuerst im Zusammenhang mit Weltbank-finanzierten Initiativen Mitte der 2000er Jahre auf. Hauptgedanke ist die Förderung technischer, produktbasierter Maßnahmen gegen Mangelernährung, zum Beispiel die Anreicherung von Weizenmehl mit Vitaminen. Die heutige Beteiligung privater Akteure, nicht zuletzt transnationaler Unternehmen, in einer einflussreichen Initiative zu Ernährungssicherung ist in vielerlei Hinsicht problematisch: Multi-Stakeholder-Foren werden stark von den Interessen des Privatsektors beeinflusst, wenn nicht gar geleitet. Es besteht das Risiko, dass Marktinteressen über Menschenrechte gestellt, divergierende Positionen und Stimmen im Sinne der "Konsensfindung" ausgeschlossen und bestehende Mechanismen der internationalen Ernährungspolitik umgangen werden.



Grundlage der FIAN-Studie bilden Untersuchungen in Uganda, Guatemala und





den indischen Bundesstaaten Maharashtra, Jharkhand und Uttar Pradesh. Alle haben ihren Beitritt zur SUN-Initiative erklärt. Die Beispiele belegen, wie sich durch SUN der Fokus der Bekämpfung von Mangelernährung zugunsten der Nahrungsmittelindustrie verschiebt und das Menschenrecht auf Nahrung an Bedeutung verliert. In Uganda hat die Initiative dazu geführt, dass die Regierung ihre ernährungspolitischen Maßnahmen an SUN-Programmen ausgerichtet hat und in Folge dessen die Privatwirtschaft an Politikprozessen beteiligt. Guatemala verfügte schon vor Beitritt zu SUN über eine umfassende Ernährungspolitik. Hier hat die Initiative eher zu einer Doppelung der Strukturen geführt. Zudem verschob sich der Fokus weg von strukturellen Ursachen von Mangelernährung hin zur Einführung neuer Nahrungsprodukte. In den indischen Bundesstaaten beschränkt sich der Einfluss von SUN auf die Förderung von Partnerschaften mit dem Privatsektor.

Anhand der ugandischen und der guatemaltekischen Fallstudien wurde deutlich, dass sich SUN auf die Förderung kurzfristiger Interventionen mit medizinisch-technischen Lösungen beschränkt und damit Mangelernährung lediglich "behandelt", anstatt sie zu bekämpfen. Diese Interventionen erwiesen sich als wenig nachhaltig zur Bekämpfung des Hungers. In Guatemala, das vor 10 Jahren SUN beitrat, ist beispielsweise die Rate von Unterernährung konstant geblieben. Zudem werden Betroffene in erster Linie als passive Konsument\*innen angesehen.

#### **Deutliche Demokratie-Defizite**

SUN hat in den untersuchten Ländern dazu beigetragen, dass der Einfluss privater Akteure auf die staatliche Ernährungspolitik zunimmt. Dies ist besonders bedenklich, da es gerade in SUN-Ländern oft an Schutzvorkehrungen zur Regulierung des Privatsektors – zum Beispiel effektiver Regularien zu Interessenskonflikten – fehlt. SUN wird durch die Organisationen geprägt, die personell und finanziell am meisten beitragen

Priority Interventions to be Scaled Up Fokus von SUN und Partnern: die ersten 1.000 Tage eines Kindes können. So ist die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zugleich großer Finanzier und sowohl in der Führungsgruppe als auch im Exekutivausschuss vertreten. Staaten und nationale zivilgesellschaftliche Organisationen sind dagegen wenig repräsentiert. Auch die Frage der Verantwortlichkeit ist höchst problematisch. Das von SUN verfolgte Konzept der "gegenseitigen Verantwortlichkeit" ist einerseits nicht ausreichend definiert, andererseits verschiebt es Verantwortlichkeiten weg von Bürgern und gewählten Regierungen. Regierungen werden zu bloßen Vermittlern und sind im Fall von Menschenrechtsverletzungen nicht eindeutig rechenschaftspflichtig. Die Betonung von Konsens zwischen den Mitgliedern sowie der Mangel an echten Konfliktlösungsmechanismen führt zu einem hohen Risiko für alternative und marginalisierte Stimmen. Dabei wäre es gerade



aus menschenrechtlicher Sicht zentral, solche Stimmen zu stärken. So fokussiert sich SUN auf allein solche Interventionen, die konsensfähig sind, also auch von der Ernährungsindustrie abgenickt werden. Die zentralen strukturellen Probleme von Mangelernährung werden nach diesem Ansatz nicht adressiert, da sich die Konsensfindung hierbei als besonders schwierig gestaltet.

#### **Empfehlungen an Deutschland**

Die Autoren der Studie empfehlen den Geldgeberstaaten der SUN-Initiative – inklusive Deutschland – das Recht auf Nahrung als Grundlage ihres Engagements zu nehmen und die diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen umzusetzen. Dies würde auch einen Finanzierungsstopp von SUN beinhalten. Darüber hinaus wird zu einer generellen Umstellung der Finanzierungsstrategie in der Entwicklungszusammenarbeit geraten – von technischen, produktbasierten Interventionen hin zu längerfristigen Strategien. Nationale und internationale Regelwerke müssen auf ihre Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung im globalen Süden hin untersucht werden, zwischenstaatliche Organe gestärkt und sichergestellt werden, dass die gegenwärtige Erarbeitung von Leitlinien zu nachhaltigen Ernährungssystemen im Welternährungsrat das Recht auf Nahrung als normative Grundlage beinhaltet.

Studie "When the SUN casts a shadow": http://www.fian.org/ files/files/WhenTheSunCastsAShadow\_En.pdf



## UN-Sonderberichterstatterin: "Recht auf Nahrung bleibt unerfüllt"

von Christine Bruckner und Philipp Mimkes

In ihrem abschließenden Bericht blickt Dr. Hilal Elver auf ihre sechsjährige Tätigkeit als UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung zurück. Elver fordert die Staaten auf, bestehende Menschenrechtsinstrumente konsequent zu nutzen und alle Akteure – nicht nur die Mächtigen – in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das Menschenrecht auf Nahrung sei nicht unerreichbar, bleibe bislang jedoch unerfüllt.

Im März berichtete Hilal Elver letztmalig dem UN-Menschenrechtrat in Genf. Zu ihrem Nachfolger wurde Michael Fakhri gewählt. Der aus dem Libanon stammende Rechtsprofessor lehrt an amerikanischen Universitäten Handelsrecht und Menschenrechte.

Hilal Elver hatte in ihrer Amtszeit einen Fokus auf die Situation der rund 113 Millionen akut von Hungersnot und Hungertod bedrohten Menschen gelegt. Weitere Schwerpunkte waren Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder ethnischer Identität, die ungleiche Verteilung von Ressourcen, die Ausbeutung von Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie der Klimawandel. Wiederholt bezog sie sich dabei auch auf Recherchen von FIAN.

Heftig kritisiert Hilal Elver in ihrer Bilanz die Auswirkungen des industriellen Agrarmodells. Dieses führe zu Nahrungsmittelverschwendung, Tierquälerei, Klimaemissionen und der Zerstörung bäuerlicher Gemeinden. Die Rechte von Landarbeiter\*innen und Kleinbäuer\*innen würden

vielfach verletzt. Elver beklagt, dass Kleinproduzenten in Ländern des Südens oft nicht mit subventionierten Produkten aus Industrieländern konkurrieren können und aus dem Markt gedrängt werden.



Mehr als 3,1 Milliarden Menschen weltweit sind von der Landnutzung abhängig, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Besonders im globalen Süden werden Ressourcen wie Ackerund Weideland, Wasser oder Wälder häufig gemeinschaftlich bewirtschaftet. Nach Angaben von Hilal Elver haben jedoch seit dem Jahr 2000 ausländische Investoren mehr als 40 Millionen Hektar Land erworben, 42 Prozent davon in Afrika. Befürworter verweisen auf Vorteile für die lokale Beschäftigung und die wirtschaftliche Entwicklung. In der Praxis wurde Land jedoch

zur Handelsware, welche an den Meistbietenden verkauft wird. Zugleich werden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die mehr als 70 Prozent des lokalen Nahrungsmittelbedarfs abdecken, häufig vertrieben oder diskri-

miniert. Besonders verwundbar sind indigene Völker, welche 80 Prozent der noch vorhandenen biologischen Vielfalt hüten, zugleich jedoch von Hunger, extremer Armut und anderen Rechtsverletzungen betroffen sind.

#### Ausbeutung von Landarbeiter\*innen

Ein besonderes Augenmerk legte Hilal Elver auf die rund 1,3 Milliarden abhängig Beschäftigten im Agrarsektor, die zumeist unter extrem prekären Bedingungen arbeiten. In Ländern wie Indien übersteigt ihre Zahl mittlerweile die der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Nach Schätzungen der



Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kommen jedes Jahr mindestens 170.000 ums Leben. FIAN sieht dies als Anlass und wichtige Herausforderung für die nächsten Jahre, die Situation der Beschäftigten im Agrarbereich wieder stärker in den Fokus der FIAN-Arbeit zu nehmen.

#### **Hunger steigt wieder an**

"Mehr als 3,1 Milliarden Menschen weltweit

sind von der Landnutzung abhängig, um

ihren Lebensunterhalt zu sichern."

Nicht nur in Afrika, auch in Asien, Lateinamerika und in der Karibik steigt die Zahl unterernährter Menschen an. Nach Angaben von Hilal Elver sind besonders die 50 Länder betroffen, die wirtschaftlich am stärksten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen abhängig sind. In ihrem Abschlussbericht ermahnte sie die Staaten, sich bei der Hungerbekämpfung auf die am stärksten marginalisierten und diskriminierten Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren. Auch müssten die mit dem Recht auf Nahrung be-

> fassten UN-Institutionen in New York, Rom und Genf kohärenter zusammenarbeiten und ihr Vorgehen auf den Erkenntnissen des Menschenrechtsrates, der Sonderberichterstatter und der Vertragsorgane aufbauen.

Unter aktuellen Fortschritten nennt Hilal Elver den verbesserten rechtlichen Schutz von Kleinproduzent\*innen und Kleinbäuer\*innen, insbesondere durch die im Jahr 2018 verabschiedete UN-Kleinbauernerklärung (für die sich auch FIAN jahrelang engagiert hatte), sowie die freiwilligen Leitlinien des Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS).

A/HRC/43/44; Critical perspective on food systems, food crises and the future of the right to food: Report of the Special Rapporteur on the right to food; https://undocs.org/A/HRC/43/44

## Schweiz: UN-Sozialausschuss fordert Achtung der Menschenrechte

von Léa Winter, FIAN Schweiz

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte griff nach der Überprüfung der Schweiz die Hauptforderungen der NGO-Plattform "Menschenrechte Schweiz" in seinen Empfehlungen auf. Die UNO-Experten wiesen auf Defizite in vielen Bereichen hin.

Im November 2019 veröffentlichte der UN-Sozialausschuss (Ausschuss für WSK-Rechte) seine Abschließenden Empfehlungen an die Schweiz. Die 18 unabhängigen Expert\*innen nahmen hierin "mit Besorgnis" die Ausführungen der Schweiz zur Nicht-Einklagbarkeit von WSK-Rechten zur Kenntnis. Auch wurde bemängelt, dass das Schweizer Bundesgericht seine Auffassung eines lediglich "programmatischen Charakters" dieser Rechte wiederholt hat. Der Ausschuss unterstützte die Position der Zivilgesellschaft, wonach Lohngleichheit, rigorose Kontrollen von Arbeitsbedingungen, die Gleichbehandlung von Sozialhilfeempfängern in den verschiedenen Kantonen oder das Recht auf Familiennachzug nicht bloße "Ziele" seien. Es handele sich vielmehr um verbindliche rechtliche Verpflichtungen. Opfer von Verletzungen dieser Verpflichtungen müssten Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln haben. Der Ausschuss empfiehlt zudem, die Koordinationsmechanismen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu stärken, um die vollständige Umsetzung von WSK-Rechten zu gewährleisten.

Die Mängel waren Gegenstand von über 30 Empfehlungen. Hierbei wurden auch Teile des Parallelberichts von 28 zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgegriffen. Die Schweizer Behörden müssen sie nun auf alle Ebenen umsetzen. Die Zivilgesellschaft – insbesondere die NGO-Plattform "Menschenrechte Schweiz" - wird hierüber wachen.



#### Nichteinhaltung von UN-Empfehlungen

Der Ausschuss erinnerte die Schweiz an sieben seiner Empfehlungen, die er bereits nach der Überprüfung im Jahr 2010 abgegeben hatte, darunter die fehlende direkte Anwendbarkeit des Sozialpakts, das Fehlen einer nationalen Menschenrechtsinstitution, das Fehlen eines allgemeinen Antidiskriminierungsgesetzes, die kantonalen Ungleichheiten bei der Sozialhilfe und die Nichteinhaltung der Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben.

Darüber hinaus qab der Ausschuss 24 neue Empfehlungen ab, u.a. in Bezug auf die Sorgfaltspflicht von Unternehmen, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Reduktionsziele



für Treibhausgasemissionen, die Arbeitslosigkeit von älteren Menschen, den Mindestlohn, den Familiennachzug und den Zugang zu Bildung für junge abgewiesene Asylbewerber.

#### Schweiz behält restriktive Position bei

Die Schweiz ist einer der letzten Vertragsstaaten, der die Position verteidigt, dass WSK-Rechte nur programmatische Ziele und keine rechtlichen Verpflichtungen seien. Dazu sagt Christophe Golay von der Académie de droit international humanitaire et de droits humains: "Diese Position ist nicht mehr haltbar und wurde vom Ausschuss für WSK-Rechte erneut kritisiert. In den letzten zwei Jahrzehnten zeigte die Entstehung einer reichen Rechtsprechung, dass diese Rechte durchaus einklagbar sind. Diese Entwicklung gipfelte in der Annahme des Fakultativprotokolls zum Pakt im Jahr 2008, das die Einreichung von Mitteilungen zu WSK-Rechtsverletzungen vor dem UN-Ausschuss ermöglicht". Während der Überprüfung kündigte die Schweiz jedoch an, dass sie nicht beabsichtige, das Fakultativprotokoll zu unterzeichnen, und nannte dafür Gründe, die der Ausschuss als "nicht überzeugend" bezeichnete.

"Die Schweiz ist einer der letzten Vertragsstaaten, der WSK-Rechte als programmatische Ziele und nicht als rechtliche Verpflichtungen bezeichnet."

Zudem betonte der Ausschuss, dass "die Schweiz ihr föderales System nicht als Rechtfertigung benutzen könne, um sich ihren internationalen Verpflichtungen zu entziehen". Für die Zivilgesellschaft ist es klar, dass die zwischen den Kantonen bestehenden Unterschiede - insbesondere in der Sozialhilfe oder im Recht auf Bildung – Ursache eklatanter Diskriminierung sind und auf Bundesebene harmonisiert werden müssen.

Weitere Informationen: Themenseite auf der Website von FIAN Schweiz. Léa Winter ist Koordinatorin der Arbeitsgruppe "UNO-Pakt I" der NGO-Plattform "Menschenrechte Schweiz".

Kontakt: lea.winter@fian-ch.org



## Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts

von Johannes Brandstäter

Das Recht auf Nahrung wird massenhaft verletzt. Dies hat strukturell mit unserem Wirtschaftssystem zu tun. Dem Recht auf Gesundheit geht es ganz ähnlich – in Bezug auf COVID-19 wird dies von Kapstadt bis New York sichtbar. Aber wie funktioniert die Wirtschaft eigentlich? Dafür hat der Wirtschaftsjournalist Werner Rügemer eine Erklärung: in seinem tatsächlich "gemeinverständlichen Abriss" stellt er den Kapitalismus in seinem aktuellen – wenn auch sicher nicht letzten – Stadium dar. Nach der gegenwärtigen Corona-Krise dürfte sich dieser erneut häuten.

Mit der Bankenkrise stiegen die so genannten Schattenbanken auf. Dies sind Finanzinstitute, die formell keine Banken sind und damit nicht deren Regulierungen unterliegen. Sie heißen Blackrock, Vanguard, Fidelity, Capital Group, JPMorgan Chase, Northern Trust und sind fast alle US-amerikanisch. Wie ein schwarzes Loch im Zentrum einer Galaxie sich fortwährend Materie einverleibt, so stehen Schattenbanken bereit, ihr Vermögen durch Finanzgeschäfte zu vermehren. Diese "Kapitalorganisatoren", so Rügemer, halten Schlüsselanteile an den großen Banken, Konzernen, Börsen, Ratingagenturen und seit gut einem Jahrzehnt an den DAX-Unternehmen. Auch in der Arbeit von FIAN tauchen sie als Investoren häufig auf.

Gleichzeitig spekulieren Schattenbanken mit ihren Aktien – zum Beispiel durch sogenannte Leerverkäufe – was nach den Finanzmarkt-Liberalisierungen völlig legal ist. Auch verwalten und vermehren sie gegen Gebühr das Kapital der Reichsten: Blackrock, der größte dieser Kapitalorganisatoren, verfügt mit "Aladdin" über ein gigantisches Rechenzentrum, in dem alle verfügbaren Kapitalmarktinformationen verarbeitet werden und welches Käufe und Verkäufe in automatisierter Form vornimmt. Hierbei werden oftmals Informationsvorsprünge von Bruchteilen von Sekunden ausgenutzt.



#### **Anhaltender Konzentrationsprozess**

Kaum überraschend, dass die großen Akteure am Kapitalmarkt extensiv Steueroasen benutzen, um ihre Gewinne vor dem Fiskus zu verstecken. Und weltweite Lobbyarbeit betreiben, um zum Beispiel die Landwirtschaft dem Agribusiness zu unterwerfen oder die Gesundheitseinrichtungen zu privatisieren. Eher überraschend ist Rügemers Feststellung, dass das Wirtschaftswachstum als solches nicht mehr im Vordergrund steht: Den Kapitalorganisatoren geht es mit ihren Investitionen und Unternehmensbeteiligungen allein um eine möglichst

schnelle Steigerung der Gewinne, sei es durch Outsourcing, Lohnsenkungen oder eine Verringerung der Lohnstückkosten. Ist Rügemer ein neuer Verschwörungstheoretiker? Das kaum. Er sichtet akribisch die Wirtschaftspresse und notiert, welcher Finanzakteur über Beteiligungen wem gehört. An zahllosen Beispielen führt er den Lesenden die erstaunlich konzentrierten Besitzverhältnisse und Verschachtelungen vor. Eine Community von wenigen tausend Menschen – meist Männer, hauptsächlich aus den USA und vorwiegend weiß – bildet das Zentrum der wirtschaftlichen Macht. Nach außen eint sie das neoliberal begründete Interesse, den Staat so weit als möglich außen vor zu halten, auch auf Kosten der Rechte auf Nahrung und Gesundheit. Nach innen hingegen konkurrieren sie heftig miteinander.

#### China als Unbekannte

Europa betrachtet Rügemer als eher zersplitterte Ansammlung von "Vasallen", deren Großunternehmen von den amerikanischen Akteuren aufgekauft wurden und die ihre Daten an Rechenzentren in den USA wie "Aladdin" liefern. Nur mit China läuft nicht alles nach Plan: China profitiert vom Outsourcing der westlichen Industriekonzerne, zugleich lässt die vorgeblich kommunistische Führung einen Kontrollverlust über ihre turbokapitalistische Wirtschaft nicht zu. China steuert Kredite und Investitionen stärker als der Westen und setzt auf Wachstum seines Binnenmarkts.

Der "westliche Kapitalismus ist somit zunehmend mit einem anderen Kraftzentrum konfrontiert, das einer zukunftsfähigeren, zudem kohärenteren Entwicklungslogik folgt", so Rügemer. Dabei habe China auch "Niedriglöhnerei" und "dunkle Praktiken" zugelassen. Ob oder wie sehr China trotzdem eine Blaupause für eine "friedliche Globalisierung" abgibt, die auch der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemals vom Westen kolonisierten Länder förderlich ist, kann man bezweifeln. Hierfür bräuchte es unabhängige menschenrechtsbasierte Forschung, die ideologisch behaftete Sichtweisen des Westens allerdings abstreifen müsste und China ohne Vorverurteilungen differenziert beurteilt.

Vielleicht ist die ein bisschen unbedarfte Darstellung des Reichs der Mitte die Voraussetzung dafür, dass das Buch auch in China erscheinen kann? Trotzdem: die Lektüre ist erhellend und hilft, unser entfesseltes Wirtschaftssystem zu verstehen.

Werner Rügemer, Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts: Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure, PapyRossa

### **FIAN Kontakt**

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • info@fian.de • www.fian.de

#### FIAN Lokalgruppen

Berlin, Maren Staeder, info@fian-berlin.de
Bremen, Judith Busch, info@fian-bremen.de
Frankfurt, A-Icha Brahim, aichabrahim@ymail.com
Heidelberg, Charlotte Dreger, charlottedreger@posteo.de
Koblenz, Rita Rudolph, rita-rudolph7@web.de
Marl, Klaus-Dieter Hein, kghein@t-online.de
München, Arne Klevenhusen, fian@muenchen-mail.de
Münsterland, Timo Beiermann, timo.beiermann@gmx.net
Rheinland, fian\_rheinland@web.de
Ruhrgebiet, Lieselotte Heinz, lieselotteheinz@freenet.de

Tübingen, Harald Petermann, fian-tuebingen@web.de

#### **FIAN Arbeitskreise**

AK Agrar, Sini Bodemer, sini.bodemer@fian-berlin.de
AK Asien, Britta Schweighöfer, britta.schweighoefer@gmx.de
AK Gender, Gertrud Falk, g.falk@fian.de
AK Klima, Wolfgang Obergassel, wolfgang.obergassel@mail.de
AK Jurist\*innen, Tim Engel, t.engel@fian.de
Fallarbeitsgruppe Ecuador, Sini Bodemer,
sini.bodemer@fian-berlin.de

#### **FIAN-Beirat**

**Prof. Dr. Remo Klinger**, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde **Christine von Weizsäcker**, Biologin, Vorsitzende Ecoropa **Wolfgang Kaleck**, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

**Team Fallarbeit**, Philipp Mimkes, p.mimkes@fian.de

**Prof. Dr. Michael Krennerich**, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg), 1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum

**Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf**, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker

Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe (HAW Furtwangen)

**Dr. Brigitte Hamm**, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

**Dr. Rainer Huhle**, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

**Prof. (em) Dr. Hanns Wienold**, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasien

**Prof. Dr. Anne Lenze**, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

**Dr. Steffen Kommer**, Verwaltungsrichter, Autor "Menschenrechte wider den Hunger"

#### Geschäftsstelle

**Almudena Abascal** (Elternzeit), Fallarbeit Lateinamerika, a.abascal@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

**Gertrud Falk**, Jahresthema, Ernährungssicherndes Einkommen, Gender, Multiplikator\*innen, Pressekontakte, *g.falk@fian.de*, Tel.: 0221 – 474491-15

**Sandra Falkenau**, Finanzverwaltung, *s.falkenau@fian.de*, Tel.: 0221 – 474491-14

**Roman Herre**, Landwirtschaft, Landkonflikte, Agrarhandel, *r.herre@fian.de*, Tel.: 0221 – 474491-13

**Barbara Lehmann-Detscher**, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit, *b.lehmann-detscher@fian.de*, Tel.: 0221 – 474491-16

**Philipp Mimkes**, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, *p.mimkes@fian.de*,

Tel.: 0221 – 474491-20

Mathias Pfeifer, Fallarbeit, m.pfeifer@fian.de,

Tel.: 0221 – 474491-13

**Martin Speer**, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit, *m.speer@fian.de*, Tel.: 0221 – 474491-10

ausreichend frankieren

FIAN Deutschland e.V. Gottesweg 104

50939 Köln

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnum-

Seburtstag (für Statistik)

mer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen

Wecken verwendet











## **Termine**

1. September	Online-Podiumsveranstaltung
	4071 11 1 14 610

"10 Jahre Menschenrecht auf Wasser"

15.-16. September Seminar für die Rechteträger\*innen der

**UNDROP**, Niederkaufungen

1. Oktober Vortrag "Vertreibung für die Neumann-

Kaffeeplantage in Uganda", Hamburg

26. Oktober 2020 Webinar "Das Menschenrecht auf Was-

ser im Südpazifik"

15. November Vortrag "Mikrokredite: Chance oder

Schuldenfalle?"

Asientag, Alte Feuerwache, Köln

3. Dezember Vortrag "Das Menschenrecht auf Was-

ser", Flintbek

11.-13. Dezember FIAN-Multiplikator\*innen-Seminar

zum "Menschenrecht auf Wasser"

JH Kassel

16.-18. April 2021 FIAN Mitgliederversammlung

JH Göttingen

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: info@fian.de

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit
ISSN 1611-5880

Ich möchte FIAN-Mitglied werden Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins
Mein Jahresbeitrag: 🗌 60 Euro 🔲 120 Euro 🔲 Euro
Ich möchte meinen Beitrag erhöhen Ab dem erhöhe ich meinen Beitrag um Euro pro Monat.
☐ Ich möchte das FoodFirst abonnieren als ☐ Druckexemplar ☐ pdf-Abo an:  E-Mail
Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)
15 Euro Standardabo 30 Euro Förderabo
Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung
SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE22ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitutan, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinemKreditinstitut vereinbarten Bedingungen.
Meine Zahlungsweise:
🗌 jährlich 🔲 halbjährlich 🔲 vierteljährlich 🔲 monatlich
KontoinhaberIn  Kraditinstitut (Name und BIC)
Kreditinstitut (Name und BIC)
IBAN: DE

Unterschrift

Datum

Impressum
Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.
Tel.: 0221 - 474491-10 • Fax 0221 - 474491-11
www.fian.de • info@fian.de
Ausgabe 2/2020 • Erscheinungsdatum: Juni 2020
Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wider.
Redaktion: Philipp Mimkes
V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes
Layout: Silvia Bodemer
Lektorat: Philipp Mimkes
Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift, Titelbild: ADB/Flickr (CC
BY-NC-ND 2.0), https://flic.kr/p/2iQz2kt
Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier
Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr
Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr
Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten
Abonnement: 15,– Euro Standardabo, 30,– Euro Förderabo
Auslandsversand: zzgl. 10,– Euro
Die nächste Ausgabe erscheint im September 2020.
Spendenkonto FIAN Deutschland:
GLS-Bank Bochum
TRAN- DERA 4306 0067 4000 444400 • RIC- GENODEM1GIS